A-09-308 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Maximilian Retzer (KV Landshut-Land)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 308 bis 314:

Die Blockade humanitärer Hilfe durch die israelische Regierung und das Aushungern der Zivilbevölkerung war ein schwerer Bruch des humanitären Völkerrechts und hat zu einer von den Vereinten Nationen bestätigten Hungersnot geführt. Kriegsverbrechen wie Angriffe auf Zivilist*innen und zivile Infrastruktur, humanitäre Helfer und Journalist*innen sind durch die Vereinten Nationen und NGOs in Gaza dokumentiert. Unabhängige Presseberichterstattung wurde durch die Einschränkungen für Journalist*innen erheblich erschwert.

Die Blockade humanitärer Hilfe zum Gazastreifen, hat das Leid der Zivilbevölkerung verstärkt und zu Hungersnöten geführt. Blockaden stellen eine schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar, die wir verurteilen. Ebenso verurteilen wir die Tyrannei von Hamas und anderen Terrororganisationen, unter der die palästinensische Zivilbevölkerung leidet. Diese Gruppierungen sehen im Leid der Zivilbevölkerung ein Instrument im Kampf gegen den jüdischen Staat, weshalb sie vor Beginn des Waffenstillstands mutmaßlich auch nicht vor dem Stehlen der humanitären Fracht zurückschreckten und sobald die Waffen schwiegen, mit der systematischen Ermordung von vermeintlichen und tatsächlichen Oppositionellen begonnen haben. Wiederholte Berichte über Verbindungen zwischen palästinensischen Terrorgruppen und internationalen Organisationen müssen untersucht werden. Auch Sonderberichterstatterin Francesca Albanese trägt mit ihren Äußerungen – die zum Teil von Erinnerungsabwehr und israelbezogenem Antisemitismus geprägt waren – dazu bei, dass Teile der UN nicht mehr als neutraler Sachwalter im Konflikt wahrgenommen werden. Die nötigen Sicherheitsvorkehrungen im Gazastreifen haben dazu geführt, dass unabhängige Presseberichterstattung wurde teilweise durch die Einschränkungen für Journalist*innen erschwert wurde. Wir fordern dementsprechend humanitäre HIlfe zu gewährleisten, die davor bewahrt wird, Instrument der Hamas zur Unterdrückung der palästinensischen Zivilbevölkerung zu werden und umgehend unabhängige Presseberichterstattung im Gaza-Streifen zu ermöglichen.

weitere Antragsteller*innen

Florian Döllner (KV München); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christian Haas (KV Regensburg-Stadt); Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte); Mona Fuchs (KV München); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); Liam Harrold (KV Hannover); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Ursula Harper (KV München); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Michael Joukov (KV Ulm); Reinhard Gloggengiesser (KV München); David Süß (KV München); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Leon Eckert (KV Freising); Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.